

Waldenburger Zeitung

Fernsprecher 3 (Waldenburger



Wochenblatt)

Fernsprecher 3

Publikationsorgan

der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie von Amts- und Gemeindevorständen des Kreises Waldenburg. Postcheckkonto: Breslau Nr. 10073. Konto bei: Ortspostkasse der Stadt Waldenburg, Waldenburger Handels- u. Gewerbebank, Bankhaus Eichborn & Co., Communalständische Bank.

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 4,90, monatlich 1,65 M. frei Haus. Preis der einseitigen Petitzeile für Inserenten aus Stadt und Kreis Waldenburg 30 Pfg., von auswärts 35 Pfg., Vermietungen, Stellengesuche 25 Pfg., Klebmetall 1 Mt.

Das Fiasko der Generalstreik-Heber.

Der 7. und der 9. November.

Berlin, 7. November. Der Reichswehrminister Noske hat die für den 7. November, den Jahrestag der russischen Revolution, und für den 9. November, den Jahrestag der deutschen Revolution, geplanten Versammlungen auf verschiedenen öffentlichen Plätzen Berlins verboten. Die Sicherheitspolizei wird, wie angekündigt wird, gegen Übertretungen des Verbots unter allen Umständen sehr scharf einschreiten. Öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen am 9. November werden zugelassen, ohne daß es einer besonderen Anmeldung bedarf.

Es wehren sich die Anzeichen dafür, daß von gewisser Seite mal wieder irgend etwas geplant wird. Diesmal ist es eine „direkte Aktion“, die für den 7. November in Aussicht genommen worden ist. Der 7. November ist der Jahrestag der russischen Revolution, und das Bestreben der Gefolgsmannschaften der russischen Sowjetregierung, der Anhänger der dritten Internationale, geht nun dahin, diesen 7. November zum Weiterstreben der Weltrevolution, wie sie es nennen, zu benutzen. Sie wollen auf neue ihre alten Kampfsparolen in die Massen tragen: Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung der Arbeiterklasse, Auflösung der bürgerlichen Parlamente usw. Nach einem aufgefundenen Schriftstück sollten für diesen Tag Demonstrationen, Streiks und Generalstreiks zur Anwendung gebracht werden, auch will man, wenn möglich und nötig, zum bewaffneten Aufstand schreiten. Demgegenüber können wir nur an das alte Wort erinnern: Lange machen gilt nicht. Die Wutstößen sollten aus dem verflochtenen Jahre ihre Lehren doch wohl gezogen haben. Herr Ledebour hat es seinerseits ja anscheinend nun getan, denn seinen letzten Äußerungen ist zu entnehmen, daß er diese sogenannte dritte Internationale nicht als eine Organisation betrachtet, die sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen hat. Trotzdem wird es auch noch in Deutschland Wirrköpfe geben, die anderer Anschauung sind, als der sozialistische Herr Ledebour, aber diesen kommunistischen Feuergeistern wird man keine Gelegenheit zur Betätigung geben, da man scharfe Augen auf sie hat und ihnen gehörig auf die Finger paßt. Das sollen sich diese Herren von links schon merken. Das gilt aber auch für die Herrschaften auf der rechten Seite, die mit dem Gedanken einer Gegenrevolution kokettieren: Das neue System stürzt nicht so leicht, wie der innerlich morische Bau am 9. November 1918 stürzte. Es übergibt sich nicht so leicht, wie das bei dem verflochtenen Regime der Fall war, sondern die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes steht hinter ihm und gibt ihm starke Stützen, daß an ein Umstürzen gar nicht zu denken ist.

Es ist zu verstehen, wenn weite Volkstreife auch am 9. November feiern wollen, und entgegen der Feier des 7. November wird dieser Feier durchaus kein Hindernis in den Weg gelegt werden. Wo der Belagerungszustand erklärt werden mußte, werden für diesen Tag gewisse Sicherungen eintreten. Wir können es aber auch verstehen, wenn andere Teile des Volkes, die gleichwohl innerlich den 9. November feiern, davon absehen, den 9. November auch äußerlich als den Jahrestag der deutschen Revolution zu feiern, da die Not und die Schwere der Zeit nicht gestattet, Feste zu feiern. Was wir, ob wir nun feiern oder nicht, für den 9. November zeigen müssen, ist Würde, ist Stolz auf die deutsche Republik und ist der Wille zur Arbeit, der letzten Endes die beste Feier darstellt.

Die politische Streikheke.

Noske hat zugefaßt.

Berlin, 6. November. Der Oberbefehlshaber ist gegen die Stellen, die versucht haben, die Arbeiterschaft unter währheitswidrigen Angaben zum politischen Generalstreik aufzurufen, mit der Schärfe vorgegangen, die die außerordentlich gefährdete Lage der Lebensmittel- und Kohlenversorgung des Volkes erfordert. U. a. ist das Parierbüro der Berliner Unabhängigen militärisch besetzt worden. Bei der vom Oberbefehlshaber angeordneten Untersuchung ist sehr viel belastendes Material aufgefunden worden, das über den Umfang der inoffiziellen Tätigkeit der U. S. P.-Parteileitung bei der Streikheke und ihrer Verbindung mit den Kommunisten informiert. Ferner ist die Versammlung der Straßenbahner, in der entgegen dem wieder in Kraft getretenen Erlaß des Oberbefehlshabers zur Arbeitsniederlegung aufgeführt wurde, militärisch aufgelöst worden. Außerdem ist der Vollzugsrat der Arbeiterräte Groß-Berlins, der bekanntlich nur aus Unabhängigen und Kommunisten besteht und sein durch die bestehende Verfassung des Deutschen Reiches nicht begründete Bestehen dazu benutzt hat, um durch die Zuspaltung in die Reihen der besonnenen Arbeiterschaft zu tragen, und der auch den zum politischen Generalstreik auffordernden Aufruf in der gestrigen Morgenausgabe der „Freiheit“ mitunterzeichnet hatte aufgelöst worden. Weitere Maßnahmen gegen Personen, die die Triebkräfte der Streikheke sind, stehen noch unmittelbar bevor.

Verhaftete Kommunisten und Spartakisten.

Berlin, 6. November. Ueber die vom Reichswehrminister Noske in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber angeordneten Maßnahmen wird folgendes berichtet:

Die Sicherheitspolizei gab auf Grund des Erlasses des Reichswehrministers zur Sicherung der lebenswichtigen Betriebe Anweisung, den Maßnahmen der Regierung Geltung zu verschaffen und die Führer der Streikbewegung festzunehmen. Infolgedessen wurde eine Durchsuchung des Berliner Parteibüros der U. S. P., Schilderstraße 5, angeordnet. Dort war gerade eine Konferenz der Parteibeamteten angelaufen. Die 16 anwesenden Personen wurden festgenommen und nach dem Polizeipräsidium gebracht, von wo 13 später wieder entlassen wurden.

Da bekannt geworden war, daß die Parteileitung der Kommunisten nach Flugblätter und Plakate in Groß-Berlin anschlagen wollte, die zu großen Demonstrationen am Freitag aufforderten, wurden Streikmannschaften in Kraftwagen ausgesandt. Um 4 Uhr morgens gelang es, eine geheime Versammlung der Kommunisten in der Reichenberger Straße auszuheben. Der Sicherheitspolizei war mitgeteilt worden, daß dort bestimmte Vorbereitungen für die morgen angekündigten kommunistischen Massenversammlungen zur Feier des zweiten Jahrestages der russischen Revolution getroffen werden sollten. Um die genannte Zeit erschienen mehrere Lastautos mit 30 Sicherheitsbeamten. Diese drangen in das Lokal, wo 20 Kommunisten sich zur Entgegennahme von Flugblättern, Plakaten und Waffen versammelt hatten. Sie wurden verhaftet. Große Stöcke von Plakaten und Flugblättern mit der Überschrift „Spartakusbund“ konnten beschlagnahmt werden. Die Verhafteten wurden in das Gewahrsam des Landespolicieamts gebracht. 15 Mann blieben in dem Lokal, um die Räume nach Waffen zu durchsuchen.

Die Metallarbeiter streikmüde.

Berlin, 6. November. Ein größeres Fiasko als der Berliner Generalstreikmüde erlebt hat, ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung wohl noch nicht zu verzeichnen gewesen. Es scheint, daß hinter Unabhängigen und Kommunisten nur eine geringe

Anhängerschaft steht. Die Streikmüdigkeit unter den Metallarbeitern ist so groß, daß der Streik in den nächsten Tagen von der Leitung für beendet erklärt werden muß, wenn der Metallarbeiterverband nicht will, daß die Mehrzahl seiner Mitglieder aus eigenem Antrieb wieder in die Fabriken geht.

Berlin, 6. November. In Kreisen des Metallarbeiterverbandes hofft man, daß es dem Arbeitsminister gelingen wird, Unternehmer und Bevollmächtigte der Metallarbeiter am Freitag zu einer nochmaligen gemeinsamen Sitzung zusammenzubringen. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Generalversammlung am Freitag den Abbruch des Streiks ausspricht.

Gescheiterte Streikversuche.

Berlin, 6. November. Die Versuche der radikalen Minderheit, unter den Straßenbahnern der Stadt herbeizuführen, sind gescheitert. Wie die „B. Z.“ meldet, hat die städtische Straßenbahn den vollen Betrieb durchgeführt. Bei den Werkstättenarbeitern der Großen Berliner Straßenbahn findet heute nachmittags eine Besprechung wegen Wiederaufnahme der Arbeit statt.

Die Einwohnerwehren auf der Hut.

Berlin, 6. November. Da die Radikalen vom 6. bis 11. November beabsichtigen, die Waffendepots der Berliner Einwohnerwehren auszuheben, werden diese darauf hingewiesen, sich während dieser Zeit bereit zu halten.

Die Kronprinzendepeschen.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Mit der Veröffentlichung von vier Kronprinzendepeschen hat sich der „Vorwärts“ zwar kein besonderes Verdienst erworben, aber er hat sozusagen einen Stein ins Wasser geworfen, der nun seine Wellen zieht. Man muß sich mit der Angelegenheit beschäftigen. Woher die Enthüllungen stammen, soll wohl Parteigeheimnis des sozialdemokratischen Zentralorgans bleiben. Besser wäre ja ein Nachweis der Herkunft gewesen. Aber nehmen wir an, daß alles stimmt. Dann stimmen familiäre Äußerungen nicht, die der Deutsche Kronprinz während und besonders nach dem Kriege über seine angeblich ständige Friedensneigung an die Öffentlichkeit gelangen ließ. Als Einflößer von Bieringen z. B. hat sich der gewesene Kronprinz die größte Mühe gegeben, zu versichern, daß er kein Kriegsheer gewesen sei und immer nach Friedensmöglichkeiten Umschau gehalten habe. So Anfang Dezember 1918 in einer Unterredung mit einem Korrespondenten der „Assoziated Press“. Auf die Frage, was er für den Wendepunkt im Kriege beantrage, sagte der Kronprinz, seine Überzeugung sei, daß Deutschland den Krieg Anfang Oktober 1914 verloren habe. Er habe die Lage Deutschlands nach der Schlacht an der Marne, die Deutschland nicht verloren haben würde, wenn die Generalstabschefs nicht verblödet gewesen wären, für hoffnungslos gehalten. Er habe damals versucht, den Generalstab dazu zu bringen, Friedensvorschläge zu machen, selbst auf Kosten großer Opfer, wobei er selbst soweit habe gehen wollen, Casaf-Lothringen aufzugeben. Ebenso versicherte der Kronprinz im Februar 1919 dem Haager Mitarbeiter des „Daily Express“: „Ich war gegen den Krieg. Ich wünschte, wir können ihn nicht gewinnen, es sei denn durch ein Wunder.“ Das wäre nun alles leicht zu befechten, weil es ja „nur“ Journalisten wiedergegeben haben. Aber es liegt auch ein unumstößliches Dokument vor, nämlich das Schreiben, das der ehemalige Ordnungsoffizier des Deutschen Kronprinzen, Rittmeister Arnold Reuberg, am 9. Juli 1919 an Clemenceau gerichtet hat. Darin bezeugt der einstige Adjutant für den Fall eines Versagens gegen den Kronprinzen, dieser habe sowohl vor dem Kriege mit Energie politische Bemühungen unternommen, die den Ausbruch eines Krieges unmöglich machen wollten, als auch während des Krieges zweimal sich für Friedensverhandlungen eingesetzt, im Herbst 1914 mit Frankreich, im Jahre 1917 mit Eng-

Land. Warum können diese Dinge nicht im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Sprache? Herr von Weichmann-Hollweg könnte darüber doch sicher einigen Aufschluss geben. Was sagt z. B. der Reichsstaatskanzler zu der an ihn gerichteten Kronprinzenbeweise vom 26. Februar 1918, worin von den „westfremden Ziboten“ Professor Liszt und Desbrière die Rede ist, die doch auch nichts anderes wollten als sich für Friedensverhandlungen einsetzen. Welches ungünstige Licht auf die politische und geistige Auszubildung des Kronprinzen wirft das Telegramm, worin er nicht mehr und nicht weniger verlangt, als daß der — übrigens konservative, mit Weichmann befreundete — Hochschullehrer Professor Desbrière als „vaterlandslöser Kerl“ aus dem Amte gejagt werde. Welch ungünstiges Licht endlich wirft es auf den Charakter des einstigen Thronerben, daß er sich an den Protogebirger eines ihm unliebsten Zeitungschreibers, des Redakteurs Eugen Zimmermann, wendet, um diesen eins auszuweisen. Der frühere Kronprinz, der in Holland doch nicht ganz aus der Welt ist und bekanntlich den Wunsch hegt, als Privatmann nach Deutschland zurückzukehren, täte gut, sich zu den Enthüllungen des „Vorwärts“ zu äußern.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 6. November. Der Führer der polnischen Delegation in Berlin, Wroblewski, erklärte einem Mitarbeiter der „Nationalzeitung“ über die deutsch-polnischen Verhandlungen folgendes:

„Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die deutsche Regierung es unglücklich gegenüber anrichtig meint. Alle Mitglieder unserer Delegation wünschen die Verhandlungen sobald wie möglich zu beenden, denn sowohl die deutsche, wie die polnische Öffentlichkeit wird allmählich ungeduldig. Unsere Konzessionen bedeuten ein wesentliches Entgegenkommen gegenüber den deutschen Interessen. Sollte die deutsche Regierung, was möglich ist, zu der Ueberzeugung kommen, daß diese Konzessionen ungenügend sind, so bliebe keine andere Möglichkeit, als es bei der technischen Durchführung der Friedensvertragsbestimmungen zu belassen. Von den bis jetzt geregelten Fragen ist die Regelung der Beamtenfrage von großer polnischer Bedeutung. Denn wenn die deutsche Beamenschaft in polnisch verwalteten Gebieten den polnischen Behörden entgegenkommt, während diese sich verpflichten, die Interessen der Beamenschaft unangefastet zu lassen, so kann man nicht mehr von einem feindseligen Gegenüberstehen sprechen. Ich glaube kaum, daß es schon in nächster Zeit möglich sein wird, zwischen Deutschen und Polen einen größeren Wirtschaftsvertrag zu schließen. Gemäß den Friedensbedingungen muß Polen erst mit den Entente-Mächten ein beratendes Abkommen treffen. Im übrigen aber werden die natürlichen Verhältnisse von selbst dahin wirken, daß die Handelsbeziehungen sich rege gestalten. Wir denken nicht daran, den deutschen Handel in Polen auszuschließen.“

Seine Botschaftschieber im Auswärtigen Amt.

Berlin, 6. November. Vor einigen Tagen brachten Berliner Blätter die Meldung, daß bei der Aushebung eines Werbehüters für das Baltikum ein als geheim und vertraulich bezeichnetes Schriftstück gefunden worden sei, das die Namen verschiedener im Auswärtigen Amt tätiger Herren enthalte, die von dort aus als Vertrauensleute für die Baltikumsache tätig seien. Dieses Schriftstück, an den Grafen von der Goltz adressiert und vom Zweckerband Df abgefaßt, hat folgenden Wortlaut:

Hochverehrter Herr Graf! Aus guter Quelle erfahren wir, daß Herr Dr. Bach vom Auswärtigen Amt über das deutsche Konsulat in Schweden amtlich mit den Generalen Denikin und Judenitsch wegen Lieferung von Waffen und Munition an die russische Armee Denikins verhandelt. Wir geben diese Nachricht vertraulich zur Kenntnis mit der Bitte um Überprüfung und baldige Beurteilung an uns.

Ein Herr Dr. Bach ist im Dienste des Auswärtigen Amtes nicht bekannt. Von den angeführten Verhandlungen hat das Auswärtige Amt ebenfalls keine Kenntnis. Die Aufklärung an gegen das Amt, wie sie vor allem die „Freiheit“ aufweist, sind also im ganzen Umfang hinfällig.

Ein Wiener Silberst.

Wien, 6. November. Unter Hinweis auf die katastrophale Lebensmittel- und Kohlennot in Wien richtet das „Neue Wiener Tageblatt“ einen Aufruf an alle deutschen Stammesbrüder, in dem es heißt:

Sollte nicht eine Stimme des Blutes, vor allem der deutschen Stammesgenossen, dazu führen, dem Silberst. Wiens ihr Ohr nicht zu verschließen? Die zweitgrößte Stadt deutscher Nationalität ringt um den nächsten Bestand und schreit um Hilfe wie ein Erwindecker. Der Reichsreue Wiens soll über unsere Grenzen dringen, soll in der deutschen Presse aller Staaten Aufnahme finden und alle die, die unsere Sprache sprechen, daran erinnern, daß es ein nationales Rettungswort zu erfüllen gilt.

Unterhandlungsausschuss und U-Bootkrieg.

Berlin, 6. November. Zu Beginn der heutigen Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses erklärte Graf Bernstorff auf Verlangen des Sachverständigen, Grafen von Homburg, daß die amerikanische Regierung den Inhalt der von Bernstorff nach Berlin gesandten Depeschen kenne. Ob er allerdings der Entzweiung vorbeugt, lasse sich natürlich nicht besagen. Die wahrscheinlichste Behauptung des Geheimrats Albert hat dem Unterhandlungsausschuss

„Deutschland“ scheiterte daran, daß die Gesellschaft sich keinen Unannehmlichkeiten mit der amerikanischen Regierung aussetzen wollte.

In seinen Darlegungen über den U-Bootkrieg wies Admiral Koch darauf hin, daß durch das U-Boot zum ersten Male die Möglichkeit gegeben war, ohne den Besitz der Seeherrschaft

die Agi an die englische Seeherrschaft

zu legen. Im Herbst 1916 war es immer klarer geworden, daß die physischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel Deutschlands, vor allem der Bundesgenossen Deutschlands, binnen absehbarer Zeit zur Neige gehen würden. Im Grundsatz und der Hungerblockade blieb also nur die Wahl zwischen zwei Uebeln, von denen das eine der sichere Untergang war. Admiral Holtendorff war der Ansicht, daß der Krieg auf dem Lande nicht mehr gewonnen werden könne, außerdem verlangte die Oberste Heeresleitung die Unterstützung der Marine. Auf eine Frage des Vorsitzenden, ob auch die Oberste Heeresleitung darüber orientiert war, daß die Wilson'sche Friedensaktion von Deutschland angeregt war und ob sie dauernd auf dem Lande gehalten wurde, verwies der frühere Reichsstaatskanzler von Weichmann-Hollweg auf ein Telegramm des Kaisers vom 1. Oktober 1916: Graf Bernstorff ist auf persönlichen Befehl des Kaisers angewiesen, Wilson zum Erlaß eines Friedensappells zu veranlassen.

Aus den Akten wird festgestellt, daß nicht nur General-Ludendorff, sondern auch General-Ludendorff unterrichtet waren. Ein Telegramm Ludendorffs vom 25. Dezember 1916 besagt, daß trotz aller Friedensschancen der Krieg mit allen Mitteln fortgeführt werde, von Weichmann-Hollweg erklärt ergänzend, daß

die Steifheit der Obersten Heeresleitung in die Politik Wilsons ungeheuer war und so sich das Telegramm Ludendorffs erklärt.

Nach der Vereidigung des Staatssekretärs Helfferich wird von Admiral Capelle darauf verwiesen, daß eine genaue Angabe über die Zahl der zur Verfügung stehenden U-Boote für alle, die nicht mitten drinstanden, außerordentlich schwierig war, da wir bis zu zehn Typen hatten und dann solche, die für Torpedokriege und solche, die für den Minenkrieg bestimmt waren.

Dr. Singheim stellt fest, daß nach den Akten von Weichmann-Hollweg monatelang kämpfen mußte, um eine zweifelhafte Auslösung über die U-Boote für sich zu bekommen. Admiral v. Holtendorff stand auf dem Standpunkt, dazu sei er nicht verpflichtet. Ueber die Wirkung des U-Bootkrieges führte Admiral Koch noch aus, Admiral von Holtendorff war zu der Ueberzeugung gelangt, daß der U-Bootkrieg

England in fünf Monaten niederzwingen

würde. Wir hofften auf physische und moralische Wirkungen des U-Bootkrieges. Die U-Boote haben uns nicht im Stich gelassen, sie haben mehr versenkt, als wir berechnet hatten. Auch wirkungslos war der U-Bootkrieg nicht, da nach dreimonatlicher Dauer Admiral Sims zu Hellicoe sagte, Deutschland würde den Krieg gewinnen. Die englischen Schiffsverluste waren viermal so groß, als die englische Presse sie meldete. Abschließend bemerkt Admiral Koch, daß seitens des Admiralsstabes die militärische Bedeutung des Krieges mit Amerika niemals unterschätzt worden sei.

Herr Cohn verweist auf die englischen Angaben, nach denen die Bitter der transportierten amerikanischen Mannschaften 1800 000 gewesen sei.

Admiral von Capelle: Seitens der Seekriegsleitung wurde immer die Ansicht vertreten, daß der rücksichtslose U-Bootkrieg innerhalb von fünf oder sechs Monaten die Beendigung des Krieges herbeiführen werde. Dieser Gedanke zieht sich wie ein roter Faden durch alle Denkschriften und Memoranden, auch durch die Verhandlungen im Hauptauschuss hindurch.

Die Fortsetzung der Verhandlung wird auf Freitag vertagt.

Preussische Landesversammlung.

73. Sitzung, 6. November.

Die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzialverhäute wird fortgesetzt.

Herr Hüfing (Dnt.): Es ist uns nicht gelungen, im Hinblick dem Gesetz eine uns zusagende Fassung zu geben; deshalb lehnen wir es ab. Das Reich braucht zu seiner Erhaltung den preussischen Staat.

Ein Regierungsvertreter: In einer Zeit, wo das Reich eine gewaltige Entwicklung seiner Kompetenzen zu Ungunsten der Länder durchführt, und zugleich von Seiten der Provinzen der Appell an den Staat gerichtet wird, die landesmannschaftliche Eigenart mehr als bis jetzt zu berücksichtigen, wäre es der größte Fehler des Staates, wenn er sich demgegenüber nicht elastisch verhielte. Er würde dann gedrückt werden. Wenn Sie das Gesetz ablehnen, übernehmen Sie eine schwere Verantwortung für den Bestand Preußens.

Herr Leibitz (Dnt. Vpt.): Wir empfinden die Schwere der Verantwortung sehr wohl. Sie (nach links) und Ihre Regierung versuchen durch Palate und Aufrufe und allerlei Märgen (Märgen?) und Lärm bei der Mehrheit über die Schwere der Lage hinwegzukommen.

Herr Henning (U. S.): Ihrer (nach rechts) Politik ist es zu danken, daß die Loslösungsbestrebungen in West- und Ostpreußen so großen Umfang angenommen haben. Die Regierung hätte völlige Selbstverwaltung gewähren müssen.

Herr Brelle (Deutsch-Hannoveraner): Mit diesem Gesetz will man die Loslösungsbestrebungen einzelner Provinzen bekämpfen. In Hannover wird die Regierung mit diesem Gesetz ihr Ziel nicht erreichen.

Sie wird nur dann Erfolg haben, wenn sie Hannover die politische Selbstständigkeit innerhalb des Reiches wiedergibt.

Herr Dr. Regenborn (Dnt.): Der Abg. Beher hat sich abfällig über die Beamten geäußert. Dagegen muß ich sie in Schutz nehmen.

Während der Rede des Abg. Regenborn reden die Abgg. Hammer (Dnt.) und Brelle bestig aufeinander ein. Man hört Rufe wie „Vorleumdung!“, „Sie sind kein Deutscher!“, „Ruhe!“

Präsident Heinert stellt die Ruhe wieder her und erklärt dem Abg. Brelle, hier im Hause darf nur reden, wenn das Wort erreicht worden ist. Auf einen Zuruf des Abg. Brelle erwidert der Präsident: Ihre Privatangelegenheiten gehen mich nichts an. Ich bitte Ruhe zu halten.

Herr Brelle: Ich bitte den anderen Herren daselbe zu sagen.

Präsident Heinert: Herr Abg. Brelle, ich habe keinen Auftrag von Ihnen entgegenzunehmen.

In der Abstimmung wird ein deutschnationaler Antrag, das Gesetz auf Oberschlesien zu beschränken, abgelehnt. Der Antrag über die Regelung von Schulfragen wird gestrichen. Ein Antrag Beher, Oberschlesien (Str.), im § 1 einen Absatz einzufügen, der die Einrichtung von Beiräten behandelte, wird angenommen. Sodann wird der § 1 in der neuen Fassung angenommen.

Die übrigen Paragraphen der Vorlage werden in der Fassung des Ausschusses angenommen. Danach wird der Gesetzesentwurf über die Amtsdauer der Mitglieder der Handelskammern in erster und zweiter Beratung angenommen.

Kommunalisierung der U.-G. Charlottenburger Wasserwerke.

Der Gesetzesentwurf regelt die Entschädigungsfrage dahin, daß die Entschädigung nach dem Wert der Aktien festgesetzt wird. Dieser soll unter Berücksichtigung der den Betrag herabmindernden gesteigerten Betriebskosten zwischen dem höchsten und niedrigsten amtlichen Berliner Aktienkurs in der Zeit vom 31. Oktober 1918 bis 30. April 1919 ermittelt werden. Der Ausschuss, der im übrigen unveränderte Annahme des Gesetzes vorschlägt, verlangt Streichung der Worte: „Unter Berücksichtigung der den Betrag herabmindernden gesteigerten Betriebskosten“.

Herr Heilmann (Soz.): Wenn man die Sozialisierung will, dann kann man sie nur auf dem Wege der Vorlage haben, nämlich durch Einsetzung eines Schiedsgerichts, dessen musterhafte Unparteilichkeit nicht angezweifelt werden kann. Es handelt sich hier um die erste Probe von praktischem Sozialismus. Durch die Annahme des Gesetzes wird ein großer Teil der Arbeiter bestärkt werden in seinem Vertrauen zum Parlament und zur Demokratie.

Herr Koch (Dnt.): Wir stimmen dem Grundgedanken des Gesetzes zu. Wir werden dem Antrag Friedberg auf Festsetzung des tatsächlichen Wertes zustimmen. Das Haus vertagt sich auf Freitag 12 Uhr: Kleine Anfragen.

Lezte Telegramme.

Die Streiklage in Berlin.

Berlin, 7. November. Wie verschiedene Blätter melden, hat der Reichsarbeitsminister die Metallarbeiter und Arbeiterbesitzer zu einer neuen Besprechung eingeladen. Laut „Vorwärts“ dürfte es sich heute entscheiden, ob die Organisationen der Arbeiter wie die der Arbeitgeber dieser Aufforderung Folge leisten. Die heute stattfindenden Generalversammlungen der Metallarbeiter werden wohl zu diesem Vermittlungsvorschlag Stellung nehmen. Heute werden auch die Arbeiter der Betriebsverhältnisse der Großen Berliner Straßenbahn die Tätigkeit wieder aufnehmen.

Flugpost-Verkehr.

Berlin, 7. November. Gestern Abend hat das Luftschiff „Bodensee“ große Postsendungen nach Süd-Deutschland an Bord genommen. Heute werden von Berlin Flugposten nur nach Breslau, Leipzig und Warnemünde abgehen.

Verhaftete Gemäldediebe.

Berlin, 7. November. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, hat der große Gemäldedieb in der Berliner Nationalgalerie seine Ausflucht gefunden. In Hamburg wurden drei Personen verhaftet, die Gemälde zu 400 000 Mark und Meißener Porzellan zu 800 000 Mark verkaufen wollten. Ein Berliner Kriminalbeamter erkaufte die Gemälde als Eigentum der Nationalgalerie.

Akkordarbeit auf den Schiffswerften.

Berlin, 7. November. Gestern fand auf den Kieler Werften die Abstimmung unter der Arbeiterschaft bezüglich der Wiedereinführung der Akkordarbeit auf den Werften statt. Insgesamt wurden abgegeben 14 633 Stimmen, davon 6825 für und 7745 gegen die Akkordarbeit. Die endgültige Entscheidung fällt in der Abstimmung aller deutschen Schiffswerften voraussichtlich am kommenden Sonnabend.

Französische Pachtgetüste.

Berlin, 7. November. Laut „Total-Anzeiger“ ist in Wiesbaden ein französisches Konsortium mit dem Vorschlag hervorgetreten, den ganzen Kurbetrieb für 1 Million zu pachten. Die Stadtverordneten wiesen diesen Plan zurück.

Wettervorhersage für den 8. November:

Veränderlich, windig, kalte, auch Regen oder Schnee.

Druck u. Verlag Ferdinand Dornel's Erben (Geschäftsleitung: O. Dietrich). — Verantwortlich für die Schriftleitung: B. Münz, für Redakteur und Inserate: G. Anders, sämtlich in Waidenburg.

Hertling, der Sohn, enthüllt.

Der Kaiser und Ludendorff.

Die „National-Zig.“ schreibt: Rittermeister Graf Karl von Hertling, der Sohn des verstorbenen Reichskanzlers Graf Hertling, veröffentlicht unter dem Titel „Ein Jahr in der Reichskanzlei“ seine Erinnerungen. Bemerkenswert sind seine Ausführungen über Ludendorff. Es heißt darin, es scheint, als ob Ludendorff auf dem Konflikt mit der Reichsleitung hingetrieben hat, um nach dem Sturz des Kanzlers die Militärdiktatur einzuführen. Als Graf Hertling Kanzler wurde, war Deutschland noch nicht geschlagen, und allerhand Pläne für die Gestaltung eines kriegsreichen Friedens waren in Vorbereitung. Auch wurde auf einem Frühstück am Tisch des Oberbefehlshabers von Holstein-Landsberg von der Errichtung eines Herzogtums Flan- dern und der Rückgabe des wallonischen Landes an ein royalistisches Frankreich gesprochen. Das Glück der deutschen Waffen geriet ins Wanken. Ein Fehlschlag folgte dem andern seit Bulgariens Abfall. Ganz plötzlich wechselte die Oberste Heeresleitung ihre politische Anschauung und ließ dem Kanzler eröffnen, eine Umbildung der Regierung sei notwendig. Es überraschte natürlich sehr, zu hören, daß die Oberste Heeresleitung von einem Tage zum andern sich auf den Boden des Parlamentarismus stellte. Dieser Bestimmungswechsel war für Graf Hertling entscheidend, sein Kanzleramt niederzuliegen, und nun ging es an die Suche nach einem Ersatz. Allerhand Kandidaten — Graf Koedern, Dr. Solf — wurden in Betracht gezogen, bis der Prinz Max von Baden freundliche Grüße schickte, und mitteilte, daß er sich in Dessau aufhalte. Ein Brief, der an den Reichskanzler nicht zu wünschen übrig ließ. Aber der Kaiser konnte sich nicht für den Prinzen Max entscheiden. Während einer Unterredung des Kaisers mit dem abtretenden Kanzler Graf Hertling:

trat auf einmal Ludendorff unangewarnt ins Zimmer

und fragte sofort im Ton größter Erregung: „Ist die neue Regierung jetzt noch nicht gebildet?“ Worauf der Kaiser ziemlich barsch antwortete: „Ich kann doch nicht zaubern.“ Daraufhin Ludendorff: „Die Regierung muß aber sofort gebildet werden, denn das Friedensangebot muß noch heute heraus.“ Der Kaiser: „Das hätten Sie mir vor 14 Tagen sagen sollen!“ Der Kaiser setzte schließlich seine Unterschrift unter eine unausgefüllte Befehlssorder des neuen Reichskanzlers.

Die Arbeiter und das Geschäftsgeheimnis.

Die Sozialdemokratie zum Betriebsrätegesetz.

Der demokratische Abgeordnete Götthein hatte unlängst in einem Artikel des „Berliner Tageblatts“ auseinandergesetzt, daß gewisse Bestimmungen des Gesetzes über die Betriebsräte für die demokratische Fraktion unannehmbar seien. Dazu gehörte vor allem der Paragraph, der den Betriebsräten Einblick in die Bilanz und wünschlich auch in die Bücher der privaten Unternehmer gestatten wolle. Der „Vorwärts“ ist über diesen Einwand ziemlich aufgebrannt und fordert die Sozialdemokratie auf, „fest zu bleiben“ und dem demokratischen Verlangen auf Ausmerzung dieser Bestimmung äußersten Widerstand entgegenzusetzen.

„Wohl werden“, schreibt das Blatt, „für absehbare Zeit die privaten Unternehmer noch eine wichtige Rolle im Wirtschaftsleben spielen, aber auch sie müssen sich den Zeitforderungen anpassen. Nicht Ausnutzung der Arbeiter, sondern verständnisvolles Zusammengehen mit ihren Mitarbeitern ist es, was jetzt unbedingt verlangt werden muß. Und unseren Vertretern in der Nationalversammlung obliegt es, diesem „unannehmbar“ der Demokraten einen ebenso festen Willen entgegenzusetzen, um den § 35 des Entwurfs zur Annahme zu bringen.“

Auch wir sind für ein verständnisvolles Zusammengehen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Betriebe und im Produktionsprozeß, aber eine Durchprüfung der Bilanzen und Bücher des Unternehmers von irgendeinem zufällig gewählten Mitgliede des Betriebsrates, das, wenn es die Mehrheit der Arbeiter will, jeden Tag durch ein anderes ersetzt werden kann, würde das sogenannte „Geschäftsgeheimnis“, ohne das kein Unternehmen auskommen kann und von dem letzten Ende der Kredit abhängig ist, illusorisch machen. Wir glauben nicht, daß die Sozialdemokratie es darum zu einem Konflikt mit der Demokratie kommen lassen wird, da diese Frage praktisch für die Arbeiter keinen besonderen Wert hat, denn das betreffende Mitglied des Betriebsrates darf, zur Veranschaulichung verpflichtet, gar keinen Gebrauch von seinen Kenntnissen machen — wenn es sich an seine Verpflichtung wirklich hält. Der Unternehmer dagegen schwebt ständig in der Gefahr, daß seine Geschäftsgeheimnisse bewußt oder unbewußt von einem seiner Arbeiter der Öffentlichkeit und damit auch der Konkurrenz preisgegeben werden können.

Wirtschaftsfragen vor dem Reichsrat.

Berlin, 6. November. Eine öffentliche Sitzung des Reichsrates fand am Donnerstag nachmittag im Ministerium des Innern unter Leitung des neuen Ministers Koch statt. Dieser stellte sich dem Reichsrat vor, mit dem Wunsche, daß seine Zusammenarbeit mit dem Reichsrat von Erfolg im Interesse des Reiches und seiner Länder begleitet sein möge.

Der Verband der kleinen Zigarettenhersteller und Tabakfabrikantenteile in Berlin hatte die allgemeine

Zuteilung eines Zigarettenkontingents

von 1 Million Stück an seine Mitglieder beantragt, unter der Bedingung, daß der Verband eine Produktionsgenossenschaft gründet, der kleinere und mittlere Betriebe beitreten können. Sie sollen zu einer solchen Kapitalmacht zusammengeschlossen werden, daß jedem Versuch des Auslandes entgegenzutreten werden kann, das deutsche Zigarettengewerbe zu verdrängen. Zugleich soll der Verband eine scharfe Kontrolle gegen gewisse Mißstände, namentlich hinsichtlich der Umgehungen von Steuerbestimmungen in kleineren Betrieben, ausüben. Der Ausschuss des Reichsrates veranlaßte nicht, daß die Erhöhung des Kontingents der kleineren Betriebe durchaus erwägenswert sei, aber die Bedingungen zum Beitritt zum Verband wurden nicht gebilligt, damit nicht von Reichswegen in den auch innerhalb des deutschen Zigarettengewerbes bestehenden scharfen Konkurrenzkampf zu Ungunsten der Großbetriebe eingegriffen werde. Darum beschloß der Ausschuss, der Eingabe keine Folge zu geben, aber das betreffende Schreiben des Wirtschaftsministers dem Finanzminister zur Prüfung zu überweisen, ob es sich empfehle und rechtlich zulässig sei, eine Erhöhung des Kontingents soweit einzutreten zu lassen, daß die Lebensfähigkeit der kleineren Betriebe gewährleistet sei. Nachdem sich Ministerialdirektor Nobis namens der preussischen Regierung mit diesem Beschluß des Ausschusses einverstanden erklärt hatte, wurde dieser Beschluß auch vom Plenum des Reichsrates angenommen.

Ueber den Entwurf einer Verordnung zur Aenderung der Bekanntmachung über

Höchstpreise für Benzin

vom 27. Mai 1916 berichtete der bayerische Ministerialdirektor Komer. Der Ausschuss hat beschlossen, zunächst von der Festsetzung eines bestimmten Höchstpreises Abstand zu nehmen, aber den Reichswirtschaftsminister zu ermächtigen, die Preise abweichend von der früheren Verordnung festzusetzen. Zugleich wurde vom Ausschuss die Frage erörtert, ob von einer öffentlichen Bewirtschaftung des Benzins abgesehen werden solle. Vom Vertreter der bayerischen Regierung wurde dem Ausschuss erklärt, daß an der öffentlichen Bewirtschaftung festgehalten werden müsse, daß z. B. beim Leder mit der Freigabe bisher üble Erfahrungen gemacht worden seien. Ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums erklärte, daß es zur Zeit noch nicht möglich sei, die öffentliche Bewirtschaftung des Benzins aufzugeben. Die Versorgung werde in nächster Zeit etwas besser werden. Das hauptsächlichste Argument sei der Schleichhandel über die Westgrenze. Wir haben aber Aussicht, in nächster Zeit

die Schließung des Loches im Westen

in irgendeiner Form zu erreichen. Der Ausschussbeschluss wurde angenommen. Der Reichsrat stimmte ferner auf Grund des Ausschussberichts einer neuen Verordnung zu, die einige Bestimmungen der Verordnung vom 15. Januar 1919 zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot ändert. Für die Entscheidung über die Höhe der Entschädigung bei Enteignung von Grundstücken sollen in Zukunft nicht mehr die ordentlichen Gerichte zuständig sein, sondern eine von der Zentralbehörde zu bestimmende Verwaltungsbehörde. Den Landeszentralbehörden wurde eine Kollektivbefugnis erteilt, besondere Bauten, namentlich Luxusbauten, nur mit ihrer Zustimmung zu gestatten. Verstöße gegen ein etwaiges Verbot sollen mit Geldstrafen in der Höhe des doppelten Wertes des unrechtmäßig in Angriff genommenen Baues, aber mindestens mit 10 000 Mark bestraft werden. Daneben kann auch auf Gefängnis bis 6 Monate erkannt werden.

Mit dem Entwurf einer Verordnung über die Verlängerung der Verjährungs- und Verleugungsfristen erklärte sich der Reichsrat ohne Debatte einverstanden.

Aus Stadt und Kreis.

Waldenburg, 7. November 1919.

Sitzung der Waldenburger Preisprüfungsstelle.

In der Sitzung der Preisprüfungsstelle am Mittwoch den 5. d. Mts. wurde zunächst bekanntgegeben, daß die Preisprüfungsstelle durch eine Anzahl Bürger aus dem Stadtteil Altwasser, die der früher dort bestehenden Lebensmittelkommission angehören, verstärkt worden sei. Unter den Mitteilungen, die vom Vorsitzenden gemacht wurden, ist hervorzuheben, daß die Bezirksstelle Breslau auf das Drängen der Lebensmittelbehörden Waldenburg zugelegt hat, dafür

Sorge tragen zu wollen, daß die Stadt mit einer größeren Menge Magermilch als das bisher geschehen ist, versorgt werden soll. Da es aber nun zu lange her ist, seitdem diese Zusage erging, ohne daß hier irgendwelche Minderung der Milchmengen für die Stadt folgte, glaubte der Vorsitzende die Kommissionsmitglieder davor warnen zu müssen, sich allzu großen Hoffnungen über eine Bessererzeugung mit Milch hinzugeben. Er bezeugte das Versprechen der Bezirksstelle Breslau als eine der üblichen trostreichen Zusagen, die man heute allseitig bekommt, ohne daß sie gehalten werden. Die in der letzten Sitzung beschlossene Erweiterung der Marktordnung und Bestimmungen über Preisausschlägen und Preisausschlägen liegen der Regierung zur Befügung vor. Wann diese erfolgt, läßt sich nicht sagen.

Bemängelt wurde von dem Vorsitzenden, daß bei der letzten vom Kreisrat beschlossenen Höchstpreisfestsetzung für Obst wiederum ein schwankender Höchstpreis festgesetzt wurde, im Gegensatz zu der Forderung der Preisprüfungsstelle, die in ihrem Antrag einen fest begrenzten Höchstpreis gefordert hat. Stadtrat Grütner bemängelt ebenfalls diese schwankende Festsetzung der Höchstpreise, und machte den Vorschlag, erneut bei den maßgebenden Stellen dagegen vorstellig zu werden. Es wird beschlossen, vom Landratsamt eine ausführliche Begründung zu erbitten, warum entgegen den Wünschen der Preisprüfungsstelle in der bemängelten Weise weiter verfahren wurde.

Ueber die Versorgung mit frischen Fischen, Gerichten usw. wird berichtet, daß diese durch die hiesigen Geschäfte sicher gestellt sei. Auch die Preisfrage darf hier als einigermaßen geregelt gelten, wenn auch nicht verkannt werden darf, daß immer noch außerordentliche Schwankungen vorkommen, besonders bei Rübenberingen. Zur Bekämpfung des Schieberunwesens, Preiswunders usw. hat sich beim Oberpräsidium in Breslau eine Provinzial-Preisprüfungsstelle gebildet, die sich mit außerordentlichen Fällen beschäftigt. Es wurde beschlossen, für eine Anzahl Schuhmacherrechnungen, die wegen ihrer außerordentlichen Höhe und der Berechnungsart Aufsehen erregen, zur Prüfung zuzuwenden. In der Ansprache, die bei diesem Punkte einsetzte, wurde verlangt, daß hier eingeschritten werden solle, da bei der prozentualen Gewinnberechnung, wie sie üblich geworden ist, die Preissteigerung bis ins Uferlose getrieben werden könne. Um eine Abhilfe gegen die Verteuerung der Schuhmacherarbeiten zu schaffen, wurde vorgeschlagen, eine selbständige Schuhmacher-Werkstelle einzurichten.

Zum Schluß der Verhandlung berichtete der Leiter der Kreis- und Lebensmittelstelle Kreisdeputierter Schüß über den Stand der Ernährungsfrage. Aus seinen eingehenden Vorlesungen sei hervorgehoben, daß wir in aller nächster Zeit mit außerordentlich hohen Preisen für Auslandslebensmittel und Karissen zu rechnen haben. Es besteht eine allgemeine Knappheit an Lebensmitteln, die zu einer entsprechenden Verteuerung derselben geführt hat. Wohl oder übel werde man sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß die Preise für alle Lebensmittel erhöht werden, da der Inlandspreis sich wesentlich unter dem Weltmarktpreis bewegt. Es ist den Bemühungen der Kreis- und Lebensmittelverwaltung gelungen, noch eine größere Seidung von Lebensmitteln im Westen einzukaufen, die aber nicht mehr wie bisher als Zulage zu den Rationen abgegeben werden können, sondern von der Regierung in Berlin dem Kreisverbande auf die Ration angerechnet worden sind. Es dürfte jedenfalls mit der Regierung in Berlin ein ernstes Wort geredet werden, um diese Maßnahme, die das Verlehrteste ist, was man hier in unserem Kreise schaffen kann, hinlänglich zu machen. Abgesehen davon, daß die Rationen, die wir erhalten, nicht dazu ausreichen, um einen schwerarbeitenden Menschen bei Kräften zu erhalten, sollen die im freien Handel erworbenen Lebensmittel, die zu außerordentlich hohen Preisen aufgekauft werden müßten, dem Kreisverband nun auch noch als rationierte Lebensmittel angerechnet werden. Gegen diese unvernünftige Maßnahme wurde allseitig Einspruch erhoben.

Nothilfe zur Bergung der Hackfrüchte.

Die Preisstelle des Reichs- und Staatskommissariats für Schlesien und Westpfalen teilt mit:

Reichs- und Staatskommissar Hüring hat gemäß der ihm von der Reichs- und Staatsregierung am 7. Juni d. J. erteilten Vollmacht auf Grund eingehender Verhandlungen mit Sachverständigen und Behörden und einer durch Vermittelung des Zentralrates für die Provinz Schlesien stattgefundenen Aussprache zwischen den hierfür in Frage kommenden Interessenten mit Wirkung vom 5. November d. J. eine Anordnung zur Bergung der Hackfrüchte erlassen, deren unverzügliche Durchführung es ermöglichen soll, die durch den überraschenden Witterungsumschlag der letzten Tage so sehr gefährdete Einbringung der Kartoffel- und Rübenente sicherzustellen.

Die Anordnung des Reichs- und Staatskommissariats verpflichtet die Landwirte und landwirtschaftlichen Unternehmer in der Provinz Schlesien und in Westpfalen, unverzüglich alle Maßnahmen zur

Einbringung der Sachfrüchte zu treffen, insbesondere dort, wo Arbeitskräfte hierzu mangeln, neues Personal in ausreichender Anzahl einzustellen. Etwaiger Bedarf an Arbeitskräften ist beim zuständigen Arbeitsnachweise der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien anzumelden. Die städtischen und ländlichen Arbeitsnachweise haben ihrerseits sofort allen hierfür irgendwie geeigneten Erwerbslosen beiderlei Geschlechts ohne Rücksicht auf deren bisherigen Beruf Erntehilfsarbeit anzubieten. Wer dieses Angebot ohne wichtigen Grund ablehnt, verliert sofort seinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung.

Auch alle nicht landwirtschaftlichen Arbeitgeber müssen aus ihrem Personal alle zur Erntehilfsarbeit geeigneten und in ihrem Betriebe entbehrlichen Kräfte anmelden, auf Verlangen hierzu beurlauben und nach beendeter Hilfsarbeit wieder einstellen.

Die Frage der Unterkunft und Verpflegung, der Vertretung der Arbeitnehmerinteressen und Entlohnung, der Weiterzahlung etwaiger Familienzuschläge zur Erwerbslosenunterstützung und der Kartoffelzulagen wird durch besondere Bestimmungen der Anordnung geregelt.

Zwischenhandlungen werden gemäß den von den Regierungspräsidenten, denen die Ausführung dieser Anordnung übertragen ist, als den zuständigen Vermittlungskommissionen zu erlässenden Vorschriften bestraft.

*** Zur Postbeförderung sind wieder zugelassen:**
1. Sendungen mit barem Gelde von Bankinstituten.
2. für die Volksernährung notwendige Pakete von Behörden, 3. Hefepakete und 4. Pakete für Kriegsgefangene in Durchgangslagern.

*** Postbeförderung.** Vom 8. November ab sind gewöhnliche Pakete und Vorbriefe allgemein zur Postbeförderung wieder zugelassen. Ausgeschlossen bleiben weiterhin Wert- und Einschreibepakete außer Banksendungen.

*** Vortrag.** Im Vereinslokal „Villa Nova“ in Altwasser hielt der Ortsverein Waldenburg des Vereins der deutschen Kaufleute am 5. d. Mts. seine gut besuchte Monatsversammlung ab. Der auf der Tagesordnung stehende Vortrag des Geschäftsführers des S. d. A.-Ortsverbandes Waldenburg trat über Arbeitgeber und Tarifverträge wurde mit großem Beifall aufgenommen. Dem Antrag zur Gründung einer Lehrlings-Abteilung wurde allgemein zugestimmt und beschlossen, die Gründung sofort zu verwirklichen. Es wurde ferner beschlossen, die Monats-Versammlungen auch weiterhin durch Vorträge interessant zu gestalten.

*** Katholischer Jungmännerverein.** Im sozialpolitischen Kursus des katholischen Jungmännervereins hielt gestern Redakteur Süttinger einen ausführlichen Vortrag über „Die politischen Parteien Deutschlands in der Vergangenheit“. Ausgehend von dem Wesen der Partei und dem unterschiedlichen Kennzeichen der deutschen Parteien von denen anderer Länder ging Redner auf eine rein sachliche Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der einzelnen politischen Richtungen und deren Programme ein. Dieser Vortrag soll die Grundlage bilden zu dem in der nächsten Versammlung geplanten Vortrag über „Die politischen Parteien Deutschlands in der Gegenwart“. In der sich anschließenden Aussprache wurden verschiedene Fragen, die in Erinnerung an den Jahrestag der Revolution auftauchten, erörtert. Bedacht wurde bemängelt, daß sich zu diesen Abenden, die für jeden katholischen Mitbürger zugänglich sind, Damen nicht einfinden, um sich politisch zu schulen.

*** Erneutes Scheitern der Reichsarbeitsverhandlungen für die Angestellten der keramischen Industrie.** Die Angestelltengewerkschaften schreiben uns: Am 27. Oktober wurden die Ende September in Weimar als erfolglos abgebrochenen Reichsarbeitsverhandlungen für die Angestellten der keramischen Industrie vor dem Reichsarbeitsministerium fortgeführt. Nach kurzer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß mußten die Arbeitgeber die Unhaltbarkeit ihres Standpunktes, den Tarif auf die Friedensgehälter aufzubauen, einsehen und den von den Angestelltenverbänden aufgestellten Grundfätzen zustimmen. Nach Regelung dieser grundsätzlichen Frage vertagte sich der Schlichtungsausschuß in der Erwartung, daß die von beiden Parteien gewählte Kommission nunmehr zu einer Einigung kommen müsse. Nach 2-tägigen Beratungen dieser Kommission scheiterten die Verhandlungen zum zweiten Male an den völlig unzulänglichen Gehaltsangeboten der Arbeitgeber. Die Angestellten-Organisationen hatten die in Weimar aufgestellten Gegenvorschläge unter Berücksichtigung der Einwände von Arbeitgeberseite einer nochmaligen Revision unterzogen. Die Arbeitgeberkommission lehnte nach kurzer Beratung auch das erneute Entgegenkommen der Angestellten ab und erklärte weitere Verhandlungen für zwecklos. Die Angestellten-Organisationen haben nun neuerdings das Reichsarbeitsministerium angerufen und sind im Interesse des wirtschaftlichen Friedens bestrebt, die Versöhnungsversuche der Arbeitgeber zu durchkreuzen.

*** Stadt-Theater.** Man schreibt uns: Man allen in der Umgebung Waldenburg wohnenden Theaterfreunden Gelegenheit zu geben, das musikalisch wie reglich wertvolle Ensemble „Das Dorf ohne Glocke“ kennen zu lernen, hat die Direktion Bötter die Nacht nicht nur Sonntag abend, sondern auch am Nachmittag angelegt. Alle Auswärtigen werden auf diese Nachmittagsvorstellung besonders aufmerksam gemacht. Es wird darauf hingewiesen, daß im Vorverkauf genau angegeben werden muß, ob die Billets für die Nachmittags- oder Abendvorstellung bestimmt sind, um Unzuträglichkeiten zu vermeiden. Es sei noch erwähnt, daß in beiden Vorstellungen die gesamte Waldenburger Bergkapelle unter Leitung des Musikdirektors Haden mitwirkt.

*** An- und Verkauf von Zucht- und Nutzvieh.** Die Provinzial-Heischstelle für die Provinz Schlesien teilt mit: Das auf Anweisung der Preussischen Staatsregierung erlassene Verbot des An- und Verkaufs von Zucht- und Nutzvieh (Anordnung der Provinzial-Heischstelle vom 22. Oktober 1919) ist wieder aufgehoben worden. Die Aufhebung des Verbots, das wegen der bevorstehenden Anbringung der Viehlieferungen an den Feindbund ergangen war, hat ihren Grund darin, daß der Austausch der Rationskarten und damit der endgültige Friedensschluß wider Erwarten hinausgeschoben worden ist und der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages vorläufig noch nicht abgesehen werden kann. Damit entfällt auch bis auf weiteres die Möglichkeit, mit den Viehlieferungen an den Feindbund zu beginnen. Die Unterbindung des Zucht- und Nutzviehverkehrs läßt sich für einen Zeitraum von ganz unbestimmter Dauer im Interesse der Landwirtschaft und Viehzucht nicht aufrecht erhalten. Das Verbot wird aber wieder in Kraft treten müssen, wenn die Lieferungen wirklich beginnen.

*** Die Streupflicht der Hausbesitzer.** Vom Publikum wird Klage darüber geführt, daß bei Eintritt von Frost, Schneefall usw. die Hausbesitzer bezogenen Stellvertreter die durch Ortsstatut und Polizeiverordnungen angeordnete Bekrautung der Bürgersteige mit abkühlenden Mitteln nicht beachten und so den öffentlichen Verkehr auf den Straßen erschweren. Wir wollen nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß, wer seiner Streupflicht nicht nachkommt, sich Bestrafungen aussetzt. Die Polizeibeamten sind, wie uns mitgeteilt wird, angewiesen worden, im Interesse des Publikums auf die strengste Beachtung der erlassenen Vorschriften zu dringen. Mitteilungen der ergangenen Anordnungen sollen hinsichtlich zur Angelegenheit gebracht werden. Wir glauben sicher, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um dem allseitig empfundenen Uebelstande Abhilfe zu schaffen.

z. Dittersbach. Vom Standesamt. Im Monat Oktober wurden bei dem hiesigen Standesamt 53 Geburten, 27 Sterbefälle und 28 Eheschließungen beurkundet, davon entfallen Geburten auf die Gemeinde Dittersbach 49, Althain 3, Bärengrund 1. Sterbefälle auf die Gemeinde Dittersbach 23, Althain 2, Bärengrund 2.

i. Nieder Germsdorf. Langjährige Mieterin. Die kürzlich verstorbene Witwe Magdalena Wunsch hat 49 Jahre im Hause des Kaufmanns Optz gewohnt.

Aus der Provinz.

Dresdau. 180 Strafgefangene entspringen. Im Strafgefängnis Kleschdau befinden sich in einer besonderen Abteilung eine Anzahl militärischer Straf- und Untersuchungsgefangener. Als gestern nachmittag einem Teil dieser militärischen Gefangenen das Essen verabreicht werden sollte, haben die Kellner in vorchriftswidriger Weise die Zellen gleichzeitig geöffnet, was dem Aufsichtspersonal entgangen ist. Die Gefangenen stellten schließlich über dieses her und überwältigten dann die am Ausgang postierte kleine militärische Wache. Auf diese Weise sind etwa 180 Gefangene und zugleich mit ihnen etwa zehn Zivilgefangene, die im Gebäude mit häuslichen Arbeiten frei beschäftigt wurden, entspringen. Es wurde eine Krazia zwischen dem Gelände der Ober- und Unten Oder abgehandelt, und außerdem in der ganzen Stadt zur Fahndung nach den Entspringenen Pamphleten ausgefand. Es handelt sich um ein Komplott der Gefangenen. Von außen her ist ihnen eine Hilfe nicht zuteil geworden.

Dresdau. Streik der Barbier- und Friseurinnen. Die Schilfen und Schilfinnen im Breslauer Barbier- und Friseurgewerbe hatten an ihre Prinzipale die Forderung gestellt, eine Steuerzulage in Höhe von 30 Prozent zu gewähren, während die Arbeitgeber sich nur zu einer Zulage von 15 Prozent bereit erklärten. Daraufhin hat gestern die Schilfschaft beschlossen, ab Freitag, den 7. November, in den Streik zu treten. Das Resultat wurde mit feierlichem Beifall aufgenommen.

Warmbrunn. Eine interessante Eingabe. Auf eine vom Schriftsteller Mose von hier an das Reichsministerium gemachte Eingabe, die in der Provinz Schlesien in Verfall geratenen Bergwerke wieder in Betrieb zu setzen, ist jetzt die Antwort eingegangen, daß die Preussische Geologische Landesanstalt in Berlin den Auftrag erhalten hat, der Sache näherzutreten und ihre Arbeit auf diesen Gebiete aufzunehmen. — Infolge der großen Wohnungsnot hat sich Graf Schaffschösch bereit erklärt, einen Teil seiner Beamten in das hiesige Schloß aufzunehmen, sobald deren Wohnungen für zuziehende Flüchtlinge frei werden.

Reife. Lohnbewegung des Stadttheaterpersonals. Das gesamte künstlerische und technische Personal des Stadttheaters ist in eine Lohnbewegung eingetreten. Da aber der Geschäftsgang ein äußerst schlechter ist, der Direktor daher nicht in der Lage ist, höhere Bezüge zu zahlen, soll der Stadt die Forderung einer Subvention zugunsten der Angestellten unterbreitet werden.

Dypeln. „Warme Würstel“ — so konnten Reisende kürzlich seit langem wieder einmal auf dem Dypelner Bahnhof vernehmen. Die Folge war denn auch, zumal es abends draußen empfindlich kalt war, ein wahrer Sturm auf den kleinen Würstelmann. Es handelte sich tatsächlich um Halberstädter Würstchen, die das Paar mit 3 Mark (!) verkauft wurden und die aus Biegen- und Raminchenfleisch bestehen sollen.

Tarnowitz. Massenvergiftung. In dem Hause Georgstraße 6 fand man den Arbeiter Paul Magiera

mit seinen 6 Kindern vergiftet vor. Ein 16-jähriges Mädchen und 4 Knaben im Alter von 2 bis 10 Jahren waren bereits tot. Der Vater und ein 11-jähriges Mädchen zeigten noch Lebenszeichen und wurden in das Krankenhaus überführt. Zur Feststellung der Todesursache der Kinder trat die Gerichtskommission hier ein. P. Magiera war Witwer und wollte nicht wieder Hochzeit machen.

Tarnowitz. Eine Million Mark Silbergeld beschlagnahmt. Ein hiesiger Polizeiwachmeister hatte, der „Ratt. Ztg.“ zufolge, in Erfahrung gebracht, daß mit dem Warschauer Jude mehrere Geldschieber mit einem größeren Geldbetrage unterwegs seien, und es gelang ihm, die Schieber in einem Weibel 2. Klasse abzufassen. In ihrem Besitz befanden sich drei Ratten Silberrubel im Betrage von 400 000 Mk. Die Ratten wurden beschlagnahmt. — Ein gleich guter Fang gelang demselben Beamten nachts gegen 2 Uhr. Auf der Holzstraße wurde ein Auto angehalten, in welchem sich die Gebrüder Seeliger befanden, in deren Besitz sich 15 Ratten Silbergeld befanden. Das beschlagnahmte Geld wurde der Reichsbank übergeben.

Bunte Chronik.

Eine Einbrecherbande mit einem weiblichen Anführer wurde gestern in Berlin von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Eine frühere Kontoristin Anna Wandschein aus Charlottenburg, die aus gutbürgerlichen Kreisen stammt, war nicht nur die Leiterin der Einbrecherbande, sondern sie nahm auch aktiven Anteil an dem Einbruch. Sie verschaffte sich zunächst durch eine Kontoristin zwei Schlüssel zu einem Tuchverlagsgeschäft in der Anhaltstraße und drang mit ihren Spießgesellen in einen Kellerraum ein. Um in dem nebenanliegenden Kellerraum zu gelangen, in dem die Tuchballen aufgestapelt lagen, mußte eine Wand durchbrochen werden. Zu dieser schweren Arbeit traten die Spießgesellen der Einbrecherin in Tätigkeit. Als sie aber das Loch durch die Wand geschlagen hatten, war es wieder das Mädchen, das zuerst durch die Öffnung kroch und dann ihren männlichen Helfern zeigte, welche Ballen mitzunehmen waren. Die Bande stahl für 80 000 Mk. Stoffe, und die reiche Beute auf ein Fuhrwerk und fuhr damit unbehindert davon. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß die Ware nach Charlottenburg gebracht und von dort in kleinen Portionen verschoben worden war. Sie kam jedoch noch rechtzeitig dazu, beschlagnahmt sowohl den dort noch lagernden wie auch die bereits abgesetzte Ware und nahm die ganze Gesellschaft, die Einbrecherin und ihre vier Helfer fest.

Festnahme eines Zweifeldiebes.

Aus Osterberg wird gemeldet, daß in einem dortigen Sanatorium der Zweifeldieb festgenommen wurde, der unter dem Namen eines Oberstabsarztes v. Hornmann im Sanatorium in Pochwitz einer Berliner Dame für 32 000 Mk. Brillanten und Schmuckgegenstände raubte, nachdem er sie zuvor mit Morphium betäubt hatte. Es handelt sich um einen Ingenieur Dahle aus Radeberg.

Das gestürzte Stelldichein.

Eine Komödie aus dem Leben, aus der sich möglicherweise noch eine Tragödie entwickeln wird, kostete einer Anklage wegen schweren Diebstahls zugrunde, die zurzeit das Berliner Landgericht I beschäftigt. Frau L., die Gattin eines Berliner Großkaufmanns, der die Abende gern außer dem Hause verbrachte, fühlte sich sehr vereinsamt. Dies hatte zur Folge, daß sie bald einen Freund fand, der der „unverstandenen“ Frau durch gemeinsame Lektüre die Zeit vertreibt. Eines Abends kam der Gatte jedoch unerwartet schon um 11 Uhr nach Hause. Da es im Zimmer sehr heiß war, war die Gattin mit leicht bekleidet, so daß also in dem heimkehrenden Gatten ein gewisser Verdacht hätte entstehen können. Selbsteigenwärtig rief die Frau plötzlich im höchsten Diskretionsstille „Einbrecher“, „Räuber“. Im nächsten Augenblick hand der Gatte mit der Pistole in der Hand im Zimmer, und auf sein donnerndes „Hörst du noch?“ mußte der „Einbrecher“ still in der Ecke stehen, bis Polizei kam. Der angebliche Einbrecher wurde zur Wache gebracht; doch beteuerte er hier jede Unschuld. Auch im Untersuchungsgefängnis blieb er stumm, bis er auf einen vom Rechtsanwält Max Kantrowicz gestellten Antrag aus der Haft entlassen wurde, da nachgewiesen wurde, daß der angebliche Einbrecher eine 12-Zimmer-Wohnung besaß und ein großes Bankkonto sein Eigen nannte. Nachdem der Gatte der Dame in einem Sanatorium auf kurze Zeit eine Unterkunft gefunden hat, soll der Termin gegen den „Einbrecher“ in den nächsten Tagen stattfinden, und die Frau will jetzt das kleine Mißverständnis als Zeugin vor Gericht aufklären.

„Unter Umständen.“

In dem von Peter Mosogger begründeten „Sinngarten“ erzählt jemand folgende Begebenheit: Ich habe auf der Post eine größere Geldsumme. Dabei zählte ich nach und entdeckte, daß sie nicht stimmte. Sofort begab ich mich zum Schalter zurück und sagte dem Beamten, er hätte sich geirrt. Der Mann schrieb mich grob an: „Ach, das geht net, hätten's gleich nachgezählt. Nachher kann a' jeder sagen, daß net stimmt! Das können's schon wissen, daß nachträgliche Reklamationen unter keinen Umständen berücksichtigt werden!“ — Ich fragte sehr bescheiden: „Nach dem nicht, wenn Sie sich zu Ihren Ungunsten irren? Sie gaben mir nämlich 100 Kronen zu viel heraus!“ — Jetzt weiß ich ganz bestimmt, daß „unter Umständen“ auch „nachträgliche Reklamationen“ berücksichtigt werden.

an dem Sessel empor und ließ sich in denselben fallen.

„Sanna — liebe Sanna — um Gottes willen — sprich doch, was ist Dir?“ flehte Rätke.

Sanna wollte sprechen, aber es kam kein Wort aus ihrer Kehle. Nur ein leiser, weher Klage laut rang sich aus ihrer Brust empor. Mit zitternder Hand reichte sie Rätke den Brief und sank kraftlos in den Sessel zurück. Rätke las den Brief, so weit, wie ihn Sanna gelesen hatte, und erschrak nun auch furchtbar. Die Tränen kamen ihr gestürzt, als sie in Sannas bleiches, verfallenes Gesicht sah.

„Meine arme, arme Sanna, was kann ich nur tun, um Dir zu helfen?“ jammerte sie.

Mühsam richtete sich Sanna auf und sah mit ausdruckslosen, erloschenen Augen auf Rätke. Sie strich wie besinnend über die Stirn und sagte tonlos:

„Das kann doch nicht sein, Rätke — das kann doch nicht sein! Gib mir den Brief — ich muß lesen — alles — bis zum Ende. Ich kann es nicht glauben — ich bin wohl von Sinnen oder träume einen furchtbaren Traum.“

Rätke reichte ihr den Brief, und Sanna zwang sich mit zusammengebissenen Zähnen zur Ruhe und griff danach. Ihre Hand zitterte aber dabei so stark, daß das Briefblatt hin und her flog. Deshalb stützte sie die Hände auf den Tisch und versuchte weiterzulesen. Die Buchstaben tanzten erst einen tollen Reigen vor ihren Augen und es währte eine ganze Weile, bis sie weiterlesen konnte.

„Wie das geschehen ist, will ich Ihnen nun ausführlich berichten, wenn mir auch der Jammer um meine Herrschaft das Herz abdrückt. Also der Radscha, der über unsern Distrikt herrscht, ist ein rechter Barbarenfürst von unerhörter Grausamkeit. Gegen seine Uebergriffe ist die Bevölkerung machtlos, weil ihn die britische Regierung wie ein rohes Ei behandelt. Er erlaubt sich alles, und mit meinem gnädigen Herrn war er schon wiederholt zusammengeraut. Der gnädige Herr hat ihn verschiedentlich in seine Grenzen zurückgewiesen. Deshalb haßte er ihn. Und noch mehr haßte er ihn, weil er den Bahnbau in unserm Distrikt durchsetzen wollte. Der Radscha will keine Bahn, keine Verkehrswege, weil er dann nicht mehr so unbeobachtet seiner Willkür die Bügel schießen lassen kann. Mein gnädiger Herr sollte nun vor einigen Tagen von der britischen Regierung endgültigen Bescheid erhalten, ob die Bahn gebaut werden sollte oder nicht. Der Radscha hatte mit allen Mitteln dagegen gearbeitet, und deshalb wollte mein gnädiger Herr seine Sache noch einmal persönlich bei der Regierung führen. Davon hatte der Radscha gehört, und er wollte es vereiteln.

Ehe mein gnädiger Herr abreisen konnte, kam der Radscha eines Tages mit seinem Ge-

folge auf unsere Plantage und begann, alles rings um sich her zu verwüsten. Als mein gnädiger Herr sich zornig dagegen verwahrte, wollte ihn der Radscha gefangen nehmen lassen. Mein gnädiger Herr wehrte sich gegen seine Schergen. Es kam zu einem furchtbaren Auftritt. Als ich meinem Herrn zu Hilfe kommen wollte, packten mich auf des Radschas Befehl zwei Kerle und banden mich an einen Baum. Ich mußte nun gefesselt zusehen, wie die elenden Hunde über meinen Herrn herfielen und ihn niederschlugen. Der Radscha hielt dicht dabei auf seinem Pferde, feuerte seine Leute an und grinste grausam und tückisch.

Meine gnädige Frau hatte wohl im Bungalow das Geschrei gehört und vom Fenster aus gesehen, was meinem Herrn geschah. Sie kam in wilder Verzweiflung herbei, um ihrem Mann zu helfen, und außer sich vor Entsetzen, als sie ihn in seinem Blute liegen sah, legte sie einen geladenen Revolver, den sie an sich genommen hatte, um dem gnädigen Herrn zu helfen, auf den Radscha an. Sie hätte ihn in ihrem Schmerz und ihrem Zorn sicher niedergeschossen, aber einer der Schergen schlug ihr den Revolver aus der Hand und stieß ihr den Dold ins Herz. Sie sank über meinen gnädigen Herrn zu Boden — beide waren tot.

Der Radscha ließ nun den Bungalow niederbrennen und den schönen Garten zerstören. Die ganze Plantage hat er dann einfach konfisziert und betrachtet sie als sein Eigentum. Und der Radscha schrieb immer, mein gnädiger Herr sei ein Verräter, er habe das Volk aufgewiegelt und habe ihn ermorden wollen. Zur Strafe habe er ihn gerichtet und seine Besitzung konfisziert. Das waren alles elende Lügen. Er wollte nur nicht, daß die Bahn gebaut wurde, wollte verhindern, daß mein Herr den Bahnbau bei der Regierung durchsetzte.

Ich habe bis in die Nacht an den Baum gefesselt gestanden und mußte alles mit ansehen und anhören.

Dann schlich sich einer unserer eingeborenen Diener im Dunkeln zu mir heran. Er war der Herrschaft, die viel Gutes an ihm getan hatte, treu ergeben. Er schnitt die Fesseln durch, die mich an den Baum banden, gab mir Speise und Trank und half mir in der Nacht, unsere tote Herrschaft zu begraben. Dann bin ich geflohen. Ich bin zur britischen Regierung gegangen und habe alles, der Wahrheit gemäß, gemeldet, was geschah. Aber der Radscha hatte bereits seine furchtbare Tat in einer anderen Weise geschildert. Er hatte angegeben, mein gnädiger Herr sei ein Feind der Engländer und habe die Bevölkerung gegen die britische Regierung aufgewiegelt. Außerdem habe er ihn ermorden wollen, und auch seine Frau habe ihn mit dem Revolver bedroht.

(Fortsetzung folgt.)

Armes Schwälbchen.

Von G. Courths-Mahler.

Nachdruck verboten.

(23. Fortsetzung.)

Die Geschwulst an Rätkes Fuß hatte sich bedeutend gelegt und sie empfand keine nennenswerten Schmerzen mehr. So war sie heute wieder in ihrer alten, lustigen Stimmung und spottete ein wenig über ihre weichmütige Stimmung von gestern.

Sanna war aber nicht aufgelegt, darauf einzugehen. Sie wartete in brennender Unruhe auf die Post und hatte der Dienerin, als diese das Frühstück brachte, gesagt, sie möge ihr, falls Post für sie kommen würde, dieselbe sofort heraufbringen.

Sannas Unruhe hatte den Höhepunkt erreicht, als es endlich an die Tür klopfte und die Dienerin eintrat.

„Hier ist ein Brief für Sie, Fräulein Sanna.“

Diese sprang auf.

„Gottlob — endlich Nachricht!“ sagte sie aufatmend.

Die Dienerin nahm das Frühstücksgeschirr mit fort und entfernte sich. Sanna war mit dem Briefe in der Hand neben Rätkes Lager in ihren Sessel gesunken und sah mit blassem Gesicht darauf nieder. Der freundliche Ausdruck in ihrem Gesicht war einer jähen Bestürzung gewichen.

Rätke sah sie verwundert an.

„Nun, Sanna? Du öffnest ja den Brief gar nicht. Ist er nicht aus Indien?“

Sanna preßte den Brief wie in heißer Angst an sich.

„O mein Gott“, stammelte sie.

Unruhig sah Rätke in ihr Gesicht.

„So rede doch! Was hast Du nur?“

Sanna strich sich über die Stirn.

„Der Brief ist aus Indien — auch der Poststempel stimmt — aber es ist eine fremde Schrift. Der Brief ist nicht von meinen Eltern. Ach, Rätke — da muß etwas geschehen sein.“

Besorgt richtete sich Rätke auf.

„So lies doch endlich“, drängte sie.

Mit zitternder Hand öffnete Sanna das Schreiben. Dabei hatte sie das bestimmte, furchtbare Gefühl, daß etwas Schreckliches geschehen sein müsse. Sie fürchtete sich geradezu, den Brief zu lesen. Er war von derselben fremden Hand geschrieben und sehr lang.

Baghaft sah Sanna zuerst nach der Unterschrift.

„Karl Braun, Diener des Herrn von Bora“, so stand unter dem Briefe.

Sanna wußte, daß Karl Braun der ehemalige Burische ihres Vaters war, der mit ihm nach Indien gegangen war und in dessen Treue ihre Eltern großes Vertrauen setzten.

Es schien ihr nun ganz gewiß, daß etwas Schlimmes geschehen war, und sie schloß die Augen wie vor etwas Entsetzlichem. Endlich bezwang sie sich, den Brief zu lesen.

„Sehr geehrtes gnädiges Fräulein!“

Weil es doch keinen Menschen gibt außer mir, der Ihnen mitteilen kann, was geschehen ist, so will ich es tun, denn Sie müssen doch erfahren, was sich hier Schreckliches zugezogen hat. Es fällt mir, weiß Gott, sehr schwer, Ihnen diese schlimme Mitteilung zu machen, aber es muß sein. Ich bin selbst noch wie vor den Kopf geschlagen und kann es nicht fassen, daß ich meinen lieben, hochverehrten gnädigen Herrn und die liebe, gute gnädige Frau nie mehr wiedersehen soll. Es ist alles so schnell gekommen, und ich weiß nicht, wo aus und ein und wie ich nun wieder nach Deutschland zurückkomme. Denn hier in diesem Lande bleibe ich nicht, da ich meine geliebte und verehrte Herrschaft nicht mehr habe.

Aber das ist ja alles Nebenache. Ich will nun die Hauptsache und das Schlimmste zuerst melden, so schwer es mir auch wird. Bitte, erschrecken Sie sich nicht zu sehr — fassen Sie sich — ich muß Ihnen mitteilen, daß Ihre hochverehrten, lieben Eltern auf schreckliche Weise ums Leben gekommen sind.“

Hier fuhr Sanna mit schenkblassen Gesicht kerzengerade empor, starrte Rätke an, als sei sie von Sinnen und fiel dann plötzlich mit einem dumpfen Nechzen wie ein gefällter Baum zu Boden.

Rätke erschrak furchtbar.

„Sanna. Mein Gott — Sanna — was ist Dir denn?“

Sanna hatte die Besinnung nicht verloren, sie war nicht ohnmächtig. Aber der furchtbare Schmerz, den sie bei dieser Schreckensbotschaft empfand, hatte sie all ihrer Kräfte beraubt und sie haltlos niederstürzen lassen.

Rätke wollte ihr trotz ihres verletzten Fußes zu Hilfe kommen und versuchte sich zu erheben. Das gab Sanna die Kraft zurück, sich aufzurichten. Sie streckte die Hand abwehrend aus, um Rätke auf ihrem Lager zurückzuhalten, zog sich

Lebensmittel- und Kindernährmittelfarten.

In der Woche vom 10. bis 14. November 1919 können zu nachfolgenden Preisen empfangen werden:

- Gegen Abschnitt 189 der Lebensmittelfarte:
150 g Hülsenfrüchte,
entweder geschälte Bohnen für 30 Pf., oder weiße amerif. Bohnen für 38 Pf., oder holländische Erbsen für 60 Pf.;
gegen Abschnitt 190 der Lebensmittelfarte:
100 g Kaffeler Suppen für 21 Pf.,
oder 2 Suppenwürfel für 26 Pf.;
gegen Abschnitt 191 der Lebensmittelfarte:
125 g Speisejyrup für 17 Pf.,
oder Kunsthonig für 21 Pf., oder Marmelade für 38 Pf.
Ferner gegen Abschnitt 158 der Kindernährmittelfarte:
100 g Buchweizenmehl für 16 Pf.;
gegen Abschnitt 159 der Kindernährmittelfarte:
1 Pack Zwieback für 44 Pf.,
oder Keks für 39 Pf.

Die Abschnitte verlieren ihre Gültigkeit am 14. November mittags. Waldenburg, den 3. November 1919.

Der Landrat.

Höchstpreise für Obst.

Für den Kreis Waldenburg werden mit Wirkung vom heutigen Tage folgende Höchstpreise festgesetzt:

	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
für 1 Pfd.		
Erbirnen 1, eifreie, fehlerfreie Früchte bis 9 Stück auf das Pfund	1,10	1,30
Erbirnen 2, eifreie Früchte, 10 Stück und mehr auf das Pfund	80	95
Nachbirnen 1, unreife Früchte, reichlich nicht kleiner als 5 Stück je Pfd.	60	75
Nachbirnen 2, unreife Früchte und Backbirnen	40	50
Tafeläpfel (Dauerware) große, ansehnliche Früchte	1,20	1,50
Äpfel, gesunde fehlerfreie Früchte	90	1,10
Kochäpfel 1, große 4 bis 5 Stück auf das Pfund	80	1,00
Kochäpfel 2, kleinere	60	75

Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung vom 8. Mai 1918 gegen Freistreiber bestraft. Waldenburg, den 5. November 1919.

Der Landrat.

Der Kartoffelverkauf

auf die Marken der nächsten Woche kann zunächst noch nicht stattfinden, weil die erforderlichen Wochenmengen noch nicht vorhanden sind. Sobald die Vorräte zu 4 Pfund je Kopf und Woche vorliegen, erfolgt besondere Bekanntmachung. Nichtändige Verbraucher können ihren Bedarf für diese Woche am Sonnabend bei den Händlern der Alt- und Neustadt decken, soweit die Vorräte ausreichen. Die am Montag bei den Händlern noch vorhandenen Bestände sind bis vormittags 10 Uhr im Lebensmittelamt bestimmt zu melden.

Waldenburg, den 7. November 1919.

Der Magistrat. Städtisches Lebensmittelamt.

Die Ausgabe der neuen Butterkarten für den Stadtteil Waldenburg

erfolgt am Sonnabend den 8. November 1919, vormittags von 9-1 Uhr, im Schützenhausaal, Auenstraße 17. Die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter (nicht Kinder) werden strengstens ersucht, die Karten pünktlich abzuholen und diese sofort an die Hausbewohner abzugeben. Personen, welche die Karten bei der Ausgabe nicht abholen, können diese erst am Mittwoch den 12. November 1919 im städt. Lebensmittelamt nach Erledigung der Berichtigungen erhalten. Waldenburg, den 6. November 1919.

Der Magistrat. Städtisches Lebensmittelamt.

Dittersbach.

Gegen Abschnitt A der Petroleumkarte kann bei den Kaufleuten G. Zimmermann und Neugebauer, sowie bei dem Niederschlesischen Konsumverein, Lager 23, hierfeldst 1 Liter Petroleum zum Preise von 1,20 Mk. entnommen werden. Die Abschnitte verlieren mit dem 15. d. Mts. ihre Gültigkeit. Dittersbach, 7. 11. 19. Der Gemeindevorsteher.

Nieder Herrmsdorf.

Milchabgabe.

Infolge geringer Milchzufuhr kann bis auf weiteres eine Abgabe von Vollmilch nur an Inhaber von Milchkarten I. und III. Klasse — weiße, grüne, blaue und graue Karten — erfolgen. Sollten in einer Milchverkaufsstelle noch Milchmengen freibleiben, so sind zunächst die Inhaber von gelben Milchkarten zu beliefern. An die Inhaber von Milchkarten ergeht das dringende Ersuchen, die Milchkarten nicht beim Milchhändler aufzubewahren und sich von den Milchkarten nur diejenigen Marken abtrennen zu lassen, welche tatsächlich beliefert werden. Die Inhaber der Milchverkaufsstellen haben die vereinnahmten Milchkartenabschnitte, Bentel und Berichte nicht mehr an die Preisstelle abzugeben, sondern an jedem Montag-Vormittage mit den gelben Berichten an das hiesige Lebensmittelamt einzusenden. Da in letzterer Stelle eine genaue Nachprüfung der Marken und Berichte erfolgt, werden die Milchhändler nochmals ersucht, Marken und Berichte sorgfältig und richtig zu erstatten. Nieder Herrmsdorf, 5. 11. 19. Gemeindevorsteher.

Umtausch von Militärbekleidungsstücken in Zivilanzüge.

Der Umtausch von Militärbekleidungsstücken in Zivilanzüge findet für die nach dem 9. November 1918 entlassenen Mannschaften nur noch bis einschließlich 20. November 1919 statt. Kriegsbeschädigte, denen Bekleidungsstücke noch zustehen, werden auch weiter abgefunden. Versorgungsstelle Waldenburg Schl., den 6. November 1919. (Bezirkskommando)

Heinze,

Oberleutnant z. D. und Bezirkskommandeur.

Ordentliche

öffentliche Stadtverordneten-Versammlung

Waldenburg i. Schles., den 11. November 1919,

nachmittags 5 Uhr.

Tagesordnung:

Nr.	Brands- lage Nr.	Gegenstand der Tagesordnung	Berichterstatter Herr Stadt- verordneter
1.	—	Einführung eines unbesoldeten Magistratsmitgliedes.	
2.	—	Mitteilungen.	
3.	—	Erhöhung des jährlichen Zuschusses der hiesigen freiwilligen Rettungsgesellschaft.	Dr. Müller.
4.	—	Abänderung der Gemeindegewerbesteuerordnung und Wahl weiterer 4 Mitglieder in den Gewerbesteuer-Ausschuß.	Liebeneiner.
5.	—	Erstattung eines Verlustbetrages an den städtischen Kriminal-Oberwachmeister.	Schumann.
6.	—	Erstattung von Umzugskosten an einen Lehrer der ev. Volksschule.	Anders.
7.	—	Bewilligung von Vertretungskosten für die erkrankte Haushaltungslehrerin an der Handels- u. Gewerbeschule für Mädchen.	Kleinwächter.
8.	—	Genehmigung von Wasserlieferungsverträgen bzw. Nachtragsverträgen mit umliegenden Gemeinden und industriellen Unternehmen.	Ganse.
9.	—	Erhöhung des Zuschlages zu den Reisekosten bei Dienstreisen an die Beamten der Stadtgemeinde.	Schumann.
10.	—	Bewilligung eines widerruflichen Mietzuschusses an einen Lehrer der ev. Mädchenschule.	Anders.
11.	—	Bewilligung von Mitteln zur Abhaltung von 2 Sprachheilkursen für Stotterer und Stammer der hiesigen Volksschulen.	Weibel.
12.	377	Erstattung von Marktschäden an 4 Gemüsehändler.	Peltner.
13.	378	Genehmigung eines Nachtrags zur Hundesteuerordnung.	Kammel.
14.	—	Abchluß einer Vororgerversicherung für die Betriebsgebäude des Wasserwerks.	Petric.
15.	—	Erhöhung der Entschädigungen für Verrichtung der Kastellangestäfte an der städtischen Turnhalle.	Tasche.
16.	—	Gewährung einer Beschaffungshilfe an die Beamten und Beamtenanwärter der Stadtgemeinde.	Schumann.
17.	—	Bewilligung der Beschaffungszulage an die Lehrpersonen der Vorschule, der höheren Lehranstalten und der Gewerbe- und Handelsschule für Mädchen.	Anders.
18.	—	Bewilligung von Schulgebühderhöhungen an den höheren Lehranstalten.	"
19.	—	Bewilligung von Umzugskosten an den städt. Gymnasialdirektor.	Wagner.
20.	—	Desgl. an einen Oberlehrer der Realschule.	"
21.	—	Desgl. an einen Oberlehrer des Lyzeums.	"
22.	—	Desgl. an den Mittelschullehrer am Lyzeum.	"
23.	386	Genehmigung zum Umbau des Verwaltungsgebäudes im Stadtteil Altmasser und Bewilligung der erforderlichen Mittel hierzu.	Kreischnier.
24.	387	Genehmigung des Umbaues von Zellen des ehem. Kristergrundstückes Freiburger Straße 28 (Bezirkskommando).	Franz.
25.	—	Erhöhung der Entschädigungssumme für Straßenreinigung im Stadtteil Altmasser.	Ferber.
26.	—	Verrichtung von Kammerverchlagen in der laty. Mädchenschule an der Sandstraße.	Jung.
27.	—	Bewilligung von Mitteln zur Aufmessung der Charlottenbrunner Straße im Zuge der Oberaltmasser Verbindungstraße, einschließl. Feststellung der Eigentums-grenzen.	Hoffmann.
28.	—	Beschaffung eines Gasheizofens für das große Restaurationszimmer der Schillerbaude.	Nichtky.
29.	—	Genehmigung zur Einrichtung von 4 Wohnungen im Lagergebäude der Firma E. H. Neumann Söhne an der Sandstraße und Bewilligung der erforderlichen Kosten.	Petric.

Waldenburg, den 6. November 1919.

Der Stadtverordneten-Vorstand.

Direktor, Schumann.

Sitzung der Vorbereitungs-Abteilung:

Montag den 10. November 1919, abends 6 Uhr.

Wir empfehlen unsere

Klee-Reinigungs-Anlage

zur gefl. Benutzung und sichern eine schnelle und saubere Arbeit zu.

Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft

e. G. m. b. H.,

Zweigstelle Freiburg i. Schles.,
Maschinenfabrik und Reparaturwerkstatt.

Hafen-, Kanin-, Ziegen-, Rehfelle

sowie alle anderen Sorten Felle kauft
Max Fleischers Nachf., Inh.: Max Schmul,
Töpferstraße 20.

Wer heiraten will, bestelle gegen Eins. von 30 Pfg. den Schlesischen Heiratsanzeiger in Neurode i. Schlesien.

Bettnässen

wird sofort beseitigt. Jedermann erhält kostenlose Auskunft nach Angabe von Alter und Geschlecht.

Dr. med. Th. Eisenbach, München,
Schwanthalerstr. 43/A 91.

la. Vogelfutter

für alle Vogelarten empfiehlt
Anton Zimmermann,
Kleintierzucht-Gerätehandlung,
Ober Waldenburg.



billig bei

Helene Bruske, Töpferstraße
Nr. 26,
Reparatur-Werkstatt
für zerbrochenen Sanftschmud.

1 gebrauchte, engl. Drehrulle,
guterhaltene, enl. Drehrulle,
1 neuen Geflügel-Brutapp.,
1 Telefon mit Witr. und
Lautwerk zu verkaufen. Wo?
Jelle dieser Zeitung.

Mehrere dunkle Tische,
Stühle und 4 sehr
schöne Bänke,

für Gärtnereien gut geeignet,
sicher preiswert zum Verkauf.
Wo? sagt die Geschäftsstelle dieser
Zeitung.

Modernes schwarzes Kleid
für ein Pfl. zu verkaufen bei
Stanek, Auenstraße 24a.

Ein Fohlen,

5 Monate alt, neht zum Verkauf.
Wo? sagt die Geschäftsstelle dieser
Zeitung.

Ein Übergangshut

ein Velourhut, fast neu, und ein
Zylinder (Klapphut, Gr. 55) preis-
wert zu verk. Bäckerstr. 5, pte.

Guter Damenpelz

zu kaufen gesucht. Gefl. Angeb.
unter M. W. an die Geschäftsst.
dieser Zeitung erbeten.

Kaninfelle

läuft zu Höchstpreisen
Brade, Nischenstr. 4, 2 Tr.

Logierhaus

oder Villa zur Sommer-
saison zu pachten gesucht.

Cahn,

Berlin, Lothringerstraße 34/5.

Ältere Frau od. Schulmädchen

f. Sonntags zu einem Pflr. Kinde
gef. Wo? sagt d. Geschäftsst. d. Zit.

Wegen Heirat meines jetigen
Mädchens suche z. 1. Debr.,
oder auch eher, ein besseres, an-
ständiges und fleißiges

Mädchen für alles,

mit Kochen, neben Kinderfräulein
(2 Erwachsene, 1 Kind).

Frau Dr. Koenig,
Berlin-Charlottenburg,
Joachimsthalerstr. 25/26.

15-17 jähr. Mädchen,

ehrlich und sauber, als zweites in
die Küche gesucht. Wo? sagt die
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Nebenbeschäftigung gesucht für
Nachmittag. Off. erb. unt.
100 an die Geschäftsst. d. Zit.

Am 5. d. Mts. entschlief ganz unerwartet infolge Herzschlag unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Tante, die verw. Frau

Anna Hilse, geb. Krause,

im Alter von 68 Jahren. Um stille Teilnahme bitten

Im Namen der Hinterbliebenen:

Familien Krüger und Fröhlich.

Beerdigung: Sonnabend nachm. 1 1/2 Uhr vom Trauerhause, Kaiser-Wilhelm-Platz 5a.
Von Beileidsbesuchen bitten abzusehen.

Heute vormittag 1/2 10 Uhr verschied plötzlich und unerwartet am Herzschlag unser innig geliebtes, gutes Töchterchen, unsere liebe Schwester und Enkelin

Margarete,

im zarten Alter von 5 Jahren 2 Monaten.

Dies zeigen schmerz erfüllt mit der Bitte um stille Teilnahme im Namen aller Hinterbliebenen hierdurch an

**Ernst Wirth, nebst Frau
und 3 Kindern.**

Waldenburg, den 6. November 1919.

Die Beerdigung findet am Sonntag nachm. 1 1/2 Uhr vom Trauerhause, Auenstraße 13a, aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme bei der Beerdigung unseres geliebten Gatten und Vaters,

des Kaufmanns

Max Walter,

sagen wir auf diesem Wege unseren

innigsten Dank.

Besonderen Dank Herrn Pastor prim. Horter für seine warmen, zu Herzen gehenden Trostesworte, den Realschülern der Quarta und dem Personal der Firma Hallmann für die schönen Blumenspenden, den Freunden und Bekannten für ihr Mitgefühl in Wort und Schrift, sowie für die vielen Kränze.

Allen, die unserm teuren Entschlafenen das Geleit zur letzten Ruhe gaben, sei hiermit herzlichst gedankt.

Waldenburg, den 7. November 1919.

In tiefer Trauer:

**Frau Marie Walter, geb. Scholz,
und Kinder.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Besonderen Dank der Firma Fabig & Kühn und den Herren Beamten für die viele Liebe und Güte, sowie Herrn Pastor Jentsch für die trostreichen Worte am Grabe, Herrn Lehrer Bröy für die schönen Gesänge, den Jungfrauen und Hausbewohnern für das schöne Kissen und die Kranzspende, der lieben Krankenschwester und allen, die der Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen haben.

Dittersbach, den 7. November 1919.

Die trauernde Mutter **Ernestine Grieger,**
nebst Geschwistern und Verwandten.

Altgold und Silber jeder Art

kaufen zu höchsten Preisen zum Selbsteinschmelzen

Carl Frey & Söhne,

Juweliere und Goldschmiedemeister.

Gerichtl. vereidigte Sachverständige.

Waldenburg, Ring 13,

und Freiburg i. Schl., Ring 26.

Täglich

feinsten geräuch. Schellfisch,
frische Räucher-Heringe,
frische feinste Anchovis,
feinste Oelsardinen.

Fritz Alex, Fisch-Spezial-Geschäft,
eigene Räuchererei,
Dittersbach, Kreis Waldenburg i. Schl.

Gasthof zur Stadt Friedland.
Ausgang von Schultheiß-Bier.

Zahnatelier

für Zahnersatz, Plomben, Zahn-
Operationen, Gleichstellung aller
schiefgewachsenen Zähne usw.

Oswald Hönsch, Waldenburg,
Freiburger Strasse 16.

Kaffeemühlen,

11.75, 14.75, 17.75.

Kartoffelquetschen,

5.95, 6.75, 7.25.

Gute Wäscheklammern,

Schock 2.25.

Wäschekörbe,

9.75, 14.50.

Waschstände
mit passenden Garnituren.

Partiewarenhaus am Sonnenplatz.

Am 1. d. Mts. ist mir auf dem Wege vom oberen Bahnhof nach der Stadt eine Kiste Pfämen im Werte von Mk. 400.— verloren gegangen, für die ich aufkommen muß, und bitte ich den ehrlichen Finder, mir die Kiste zurückzugeben. Es ist beobachtet worden, daß die Kiste auf der Bäderstraße vom Wagen gefallen ist. Für Mitteilungen, die zur weiteren Ermittlung führen könnten, wäre ich ebenfalls sehr dankbar.

Richard Schöbel, Kollatjäger,
Hochwaldstraße 6.

Orient-Theater.

Ab Freitag

gelangt der größte Prank- und Publikumsfilm der neuen Saison:

Das Buch Esther

zur Ausführung.

Das Gegenstück zur Lieblingsfrau des Maharadschah.

Ein aktueller Kolossalfilm mit fabelhafter Ausstattung und sehr spannender Handlung in 6 großen Akten.

In den Hauptrollen die unvergleichlichen Künstler

Stuart Webbs nebst **Stella Harf.**

Gemahlin

Trotz enormer Unkosten keine Preiserhöhung, damit jedem Kinofreund die Gelegenheit geboten ist, sich dieses Prachtwerk anzusehen.

Ferner das pikante Lustspiel:

Ein ganz Flinker!

Gut gehelzter Saal. Sie lachen von Anfang bis Ende. Gut gehelzter Saal.

Achtung!
Das
Dorf ohne Blothe
zum
letzten Male!

△ Glückauf z. Br.-Tr.
Donnerstag 13. 11. 1919:
Bel. △ III. U. △ III.

Sonntag Nachmittag:

Das Dorf ohne Blothe.

Husschank Konradtschacht.

Jeden Sonnabend und Sonntag

Konzert.

Achtung!
Das
Dorf ohne Blothe
zum
letzten Male!

Schiffahrt, Neu Weißstein.
Sonntag den 9. November e.:
Grosse

musikal. Unterhaltung.
Sonnabend den 8. November e.:

**Preis-
Skat.**

Anfang 8 Uhr.
Es ladet ergebenst ein
Hermann Wolf.

Sonntag Abend:

Das Dorf ohne Blothe.

Bahnhof zum deutschen Hause,
Waldenburg.

Sonnabend den 8. November:

Schafkopf-Turnier.

Anfang 1/8 Uhr.
Es ladet freundlichst ein
Hermann Adam.

Stadttheater

in Waldenburg.

Sonntag den 9. November e.,
nachmittags 3 Uhr:

Das Dorf ohne Blothe.

Abends 7 1/2 Uhr:

Das Dorf ohne Blothe.

In Vorbereitung:

Die Rutschbahn.

Berliner Warenhaus

Adolf Jacobsohn.

Die Spielwaren-Ausstellung ist eröffnet!

In grosser Auswahl empfehle ich heute:

Puppen, gekleidet und ungekleidet, in allen Grössen,

Puppenrömpfe in Stoff und Lederfuch,
mit Celluloid-Armen u. -Beinen, **alles abwaschbar**,

Puppenköpfe in Porzellan und Celluloid,
mit u. ohne Schlafaugen u. Wimpern, in den schönsten
Frisuren, auch zum Kämmen,

Puppen-Kleider und -Mäntel

in den modernsten Wollstoffen und Waschstoffen,
nur gute Verarbeitung,

Seidene Kleider, — Seidene Mäntel,

Seidene Jacken,

Strick-Anzüge, — Strick-Jacken,

Puppen-Anzieh-Wäsche,

Puppen - Ausstattungen,

Puppen-Schuhe, — Puppen-Strümpfe,

Puppen - Hüte,

Puppen - Ausstattungskoffer,

Puppen - Kleider - Schränke,

Puppen-Kommoden, — Puppen-Schneiderel,

Bade-Puppen, Werf-Puppen, Anzieh-Puppen,

Kugelgelenk - Puppen,

nur bestes Fabrikat, in allen Grössen vorrätig,

von 30 cm bis 90 cm Länge, alle Teile

gelenkig, mit den feinsten Bisquit-Köpfen

und den modernsten Kinder - Frisuren.

Täuflinge, — Steckkissen-Puppen.

Puppen-Reparaturen

werden **schon jetzt** angenommen. Sämtliche
einzelnen Teile zu Puppen-Reparaturen vorrätig!

Rognak-, Sekt-,
Rot- u. Weisswein-
Flaschen,
sowie Steinkrüge
kaufen zu höchsten Preisen
Dustan Seeliger, D. M. D. S.

Tarifänderung.

Ab 10. November d. J. werden für Gepäckstücke fol-
gende Preise erhoben:

1. Für Handgepäck, das einen besonderen Platz einnimmt,
der tarifmäßige Personenfahrpreis.
2. Für Gemüsekörbe und kleine Leiterwagen mindestens
der doppelte Personenfahrpreis.
3. Größere Gepäckstücke werden nur dann befördert, wenn
Platz vorhanden ist.

Waldenburger Kreisbahn.

Dazu eine Beilage und das Unterhaltungs-Beiblatt „Gebirgsblüten“.

„Manila“-Bindegarn,
Maschinenöl, Zentrifugenöl,
Stauferfett, Wagenfett, Lederfett,
Vaseline, — Riemenwachs,
in Prima-Qualitäten,
haben vom Lager preiswert abzugeben
Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft

e. G. m. b. H.,
Zweigstelle Freiburg i. Schlef.,
Niederlagen: Bolkenhain und Reichenbach i. Schlef.

Lotterie-Verein „Gold Stern“.

Sonnabend den 8. November 1919:

Herbstvergnügen

im Saale der „Herberge zur Heimat“.

Anfang 5 Uhr.

Anfang 5 Uhr.

Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Hilfsausschuß für Kriegsgefangenenheimkehr der Stadt Waldenburg.

Mittwoch den 12. November c.

zum Besten der heimkehrenden
bedürftigen Kriegsgefangenen:

Großer Konzert-Abend

im Saale der Gorkauer Bierhalle

unter Mitwirkung der Waldenburger Berg-Kapelle,
des Haude'schen Männerchors, des Waldenburger
Sängerknabens und der Gesanglehrerin Fr. E. Reuter
vom Herzog'schen Konservatorium.

Eintrittspreise: Logenplatz 4 Mk., 1. Platz 3 Mk.,
2. Platz 2 Mk. und Stehplatz 1 Mk.
Im Vorverkauf sind Eintrittskarten zu haben in der
Buchhandlung von Knorrn, am Ring, im Zigarren-
geschäft der Firma Kammel, Freiburger Straße,
bei der Firma R. Hahn, Freiburger Straße, und in
der „Bergwacht“-Buchhandlung am Sonnenplatz.
An der Abendkasse erhöhen sich die Preise für
Loge und 1. Platz um 1 Mk., für den 2. Platz um
50 Pf. und Stehplatz um 20 Pf.

Saalöffnung 6¹/₂ Uhr, Anfang 7¹/₂ Uhr, Schluß geg. 10 Uhr.

Vortragsfolge mit Liedertexten
an der Kasse zu haben.

Apollo-Theater.

Freitag bis Montag:

Das auserwählte Schlager-Programm!

Lotte Neumann,

der Liebling der Kinobesucher, in dem tiefergreifenden
Liebesdrama:

Durch eigene Schuld.

3 Akte.

Ferner: **Paul Beckers**, Deutschlands größter
Komiker, in dem besten aller Lachschlager:

Der verhängnisvolle Griff.

3 Akte. Alles, alles lacht Tränen. 3 Akte.

Außerdem:

Was ein Weib vermag.

Liebesdrama in 1 Akt.

— Noch die alten Preise! —

Um zahlreichen Besuch bittet Der Besitzer.